

Bundesgelder für Miliz-Zerstörung

Autor(en): **Schluer, Ulrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **87 (2012)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-714041>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundesgelder für Miliz-Zerstörung

Der Bundesrat hält sich eine Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen, angesiedelt beim Departement des Innern (EDI) von Bundesrat Didier Burkhalter.

ULRICH SCHLÜER, CHEFREDAKTOR «SCHWEIZERZEIT», NIMMT STELLUNG ZU DEN AUSWÜCHSEN IM ZIVILDIENTST

Kaum Jugendliche, vielmehr staatlich entschädigte «Berufsjugendliche» bevölkern diese Kommission. Und veröffentlichen von Zeit zu Zeit Papiere. Jüngst eines mit dem Titel «Ein Dienst für das Gemeinwohl (Le Contrat Citoyen)».

Erklärtes Ziel: Gleichstellung von Zivildienst und Militärdienst – mit freier Wahl selbstverständlich. Das steht in klarem Widerspruch zur Bundesverfassung.

Beweggründe

Begründet wird diese Forderung geradezu furchterregend: Der heutige Armeebestand von 190 000 Mann werde gemäss Parlamentsbeschluss auf 100 000 reduziert. Damit würden sage und schreibe 90 000 Soldaten «überflüssig». Da müsse gehandelt werden!

Diese Begründung zeigt: Die Eidgenössische Jugendkommission hat keine Ahnung, wie der Armeebestand zustande kommt. Die Armee wird nicht verkleinert, indem bisher Eingeteilte «zum Teufel gejagt werden».

Die Armeeverkleinerung erfolgt durch Verkürzung der Dienstpflicht-Zeit neu bis zum 26. statt wie bisher bis zum 30. Altersjahr. An der Zahl der ausgehobenen Rekruten ändert sich gar nichts; «überflüssige» Rekruten entstehen keine.

«Billiger»

Zivildienst, sagt das Jugendamts-Papier, sei billiger als Militärdienst. In der Tat: Landesverteidigung, Schutz des Landes vor jedem denkbaren böswilligen Angriff, kostet Geld.

Gar keine Verteidigung vorzubereiten, also kampflöse Preisgabe des Landes wäre zweifellos «billig zu haben» – nur gäbe es danach die Schweiz nicht mehr...

Richtig aber ist die Beobachtung, dass die Zahl der Zivildienstleistenden nach Abschaffung der Gewissensprüfung ab 2009 explosionsartig zugenommen hat.

Dass der formlose, ursprünglich sogar als jederzeit möglich praktizierte Übertritt in den Zivildienst auch Missbräuche zulies (zum Beispiel um einer drohenden Strafe



Nein, wir lassen unsere Miliz nicht verkommen – wir kämpfen für die Wehrpflicht.

zu entgehen), will die Jugend-Kommission nicht wahrhaben. Die Beseitigung stossender Missbrauchsquellen schreibt sie kurzerhand der angeblichen «Angst» der Militärköpfe zu, die Armee blute aus.

Glühbirnen auswechseln

Als neue Einsatzmöglichkeiten für die zunehmende Zahl von «Zivis» präsentiert die Kommission höchst originelle Vorschläge:

- Zwecks Beschleunigung der Umstellung des Landes auf alternative Energien sollten Zivildienstleistende in sämtlichen öffentlichen und privaten Häusern alle alten Glühbirnen ausschrauben und gegen energetisch modernere eintauschen.
- Andere sollten als (wörtlich!) «Gewissen der Nation verkleidet» den Unrat entsorgen, mit dem Passanten Grünanlagen verunstaltet hätten.

- Wieder andere sollten bei *Botellones* (organisierten Jugendlichen-Besäuffnissen) als «städtische Stewards» allfälliges Gewaltpotenzial eindämmen.
- Weitere Zivis sollten auf Flughäfen und Bahnhöfen Touristen empfangen.

Urheber Maudet

Präsident der Eidgenössischen Jugendkommission ist der Genfer FDP-Stadtrat Pierre Maudet, der vor Jahresfrist die Armee auf 20 000 Profis reduzieren wollte.

Damit die Armee noch zu Soldaten käme, müsse sie gemäss Maudet den jugendlichen Lockvogel-Angebote präsentieren: Übernahme der Krankenkassen-Kosten, der Ausbildungskosten, von Sprachkursen durch den Staat.

Und markante Solderhöhung bei Fünftage-Woche (an die sich auch die Angreifer hielten). 